

Stenographischer Bericht

2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 12. November 1949.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt ist Präsident Franz Stockbauer (5).

Wahlen:

1. Wahl des Landeshauptmannes.

Wahlvorschlag des Abg. Josef Wallner (5).

Erklärung des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Dr. h. c. Reinhard Machold (6).

Erklärung des Abg. Dr. Josef Elsnitz (9).

Erklärung des Abg. Ditto Pölzl (9).

Wiederwahl des Abg. Josef Krainer zum Landeshauptmann (11).

Erklärung des Landeshauptmannes Josef Krainer (11).

2. Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters.

Verlesung der Wahlvorschläge durch den Präsidenten Franz Thoma (15).

Wiederwahl des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Dr. h. c. Reinhard Machold und des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Tobias Udier (15).

3. Wahl der übrigen Regierungsmitglieder.

Verlesung der Wahlvorschläge durch den Präsidenten Franz Thoma (15).

Wahl der Herren Abg. DDDr. Udo Illig (ÖVP), Ferdinand Prirsch (ÖVP), Abg. Norbert Horvatek (SPÖ), Abg. Fritz Matzner (SPÖ), Abg. Ludwig Oberzaucher (SPÖ) und Abg. Dr. Josef Elsnitz (VdU) zu Landesräten (16).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident Thoma: Hoher Landtag! Ich eröffne die 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und stelle gleichzeitig die Beschlußfähigkeit der heutigen Sitzung fest. Ich begrüße alle erschienenen Abgeordneten und erkläre die Sitzung für eröffnet.

Entschuldigt wegen Krankheit ist Abg. Stockbauer.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen:

1. Wahl des Landeshauptmannes,
2. Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters,
3. Wahl der Landesregierung.

Wenn gegen die Tagesordnung kein Einwand erhoben wird, schreite ich zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl des Landeshauptmannes.

Die Steiermärkische Landesregierung besteht nach § 28 der Landesverfassung aus dem Landeshauptmann, 2 Stellvertretern und 6 Landesräten, zusammen 9 Mitgliedern. Für die Wahl der Landesregierung sind die Bestimmungen des § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an-

zuwenden. Darnach haben die Obmänner der Landesparteien dem Präsidenten schriftliche Wahlvorschläge zu überreichen. Hierauf hat der Präsident im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz die zu vergebenden Mandate nach dem im § 54, Abs. 5, der Geschäftsordnung vorgesehenen Verfahren auf die Parteien aufzuteilen.

Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 9. Oktober 1949 stelle ich im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz fest, daß im Verhältnis ihrer Mandatszahlen auf die Österreichische Volkspartei und Sozialistische Partei Österreichs je 4 Regierungsmandate und auf den Verband der Unabhängigen 1 Regierungsmandat entfallen. Nach diesem festgesetzten Aufteilungsschlüssel haben die Landtagsparteien die auf sie entfallenden Regierungsglieder namhaft zu machen, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil der Regierungsglieder einzurechnen ist.

Zur Erstattung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Landeshauptmannes erteile ich dem Herrn Abg. Wallner das Wort.

Abg. Wallner: Hohes Haus! Als Fraktionsvorsitzender der Österreichischen Volkspartei gestatte ich mir, für die Wahl zum Landeshauptmann den bisherigen Landeshauptmann Josef Krainer vorzuschlagen. Die Österreichische Volkspartei ist so wie bei den Wahlen im Jahre 1945 auch bei den Wahlen am 9. Oktober als die stärkste Partei hervorgegangen und so auch wieder als stärkste Fraktion in dieses Haus eingezogen. Alle Angriffe, oft sogar gehässigster Art, konnten die Bevölkerung nicht umstimmen; die Bevölkerung hat die ruhige und sachliche Aufbauarbeit, die gerade von der Österreichischen Volkspartei als der stärksten Partei, im Zusammenwirken mit der zweitstärksten Partei, in den schwierigsten Jahren der Nachkriegszeit geleistet wurde, entsprechend gewürdigt. Es waren manche der Meinung, daß diese unpopulären Aufgaben, denen sich gerade die Österreichische Volkspartei in den vergangenen Jahren unterziehen mußte — ich denke da an die Bewirtschaftung und alle Erschwernisse in diesem Zusammenhang — dazu beitragen werden, daß die Bevölkerung der Österreichischen Volkspartei nicht mehr die Mehrheit verleihen wird. Die Bevölkerung hat aber doch die ruhige und sachliche Arbeit entsprechend anerkannt. Wir sind der Meinung, daß auch in der Zukunft manche Schwierigkeiten noch zu meistern sein werden und daß diese Schwierigkeiten dann überbrückt werden können, wenn eine ruhige, sachliche und objektive Zusammenarbeit der Parteien dieses Hauses gewährleistet ist. Waren es in der Vergangenheit oftmals die Schwierigkeiten der Auf-

bringung, der Lebensmittelversorgung, die ja auch dieses Haus hier beschäftigt haben, so hoffen wir, daß wir aus diesen Schwierigkeiten recht bald herauskommen. Wir mußten zwar wahrnehmen, daß gerade in der letzten Zeit wieder Schwierigkeiten am Ernährungssektor — vor allem am Fleischsektor — entstanden sind, so sind wir doch der Meinung, daß bei entsprechendem Zusammenwirken sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten es möglich sein wird, diese Schwierigkeiten zu überbrücken und daß es nicht notwendig ist — wie es sich manche vorstellen — wieder in die Bewirtschaftung rückfällig zu werden. Die Landwirtschaft hat sich in den Jahren der Nachkriegszeit die verschiedensten Bewirtschaftungsmaßnahmen und Belastungen gefallen lassen in Anerkennung der Schwierigkeit der Ernährung. Wir sind aber der Meinung, daß die Verhältnisse sich soweit gebessert haben, daß nicht mehr Rückfälle in die totale Bewirtschaftung uns helfen, sondern wir müssen trachten, über die letzten Schwierigkeiten der Bewirtschaftung hinweg zu einer freien Wirtschaft zu kommen. Ich habe oft schon in den letzten Tagen bei Verhandlungen, die sich um diese Fragen gedreht haben, erklärt, daß die Landwirtschaft gewiß nicht Preise verlangen wird, die ungerechtfertigt sind, daß ihr aber Preise auf jener Basis geboten werden müssen, die sie braucht, um bestehen zu können. Wir müssen ohnedies heute schon feststellen, daß alles die Landwirtschaft flieht. Es wird dann möglich sein, über die letzten Schwierigkeiten hinweg zu kommen, damit wir uns jenen Aufgaben zuwenden können, die unser harren und die werden nicht klein sein in der Zukunft. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind also der Meinung, daß eine ruhige, sachliche und objektive Zusammenarbeit in der Zukunft jene Basis schaffen wird, die es uns ermöglicht, der Bevölkerung unseres Landes zu dienen und die Bevölkerung immer mehr aus den letzten Schrecknissen und Schwierigkeiten des vergangenen Krieges herauszuziehen.

Ich habe den Vorschlag gebracht, unseren Herrn Landeshauptmann Krainer wieder zum Landeshauptmann zu wählen. Er hat in den eineinhalb Jahren seiner Amtstätigkeit den Beweis erbracht, daß er in zielsicherer und objektiver Arbeit sich das Vertrauen der Bevölkerung erworben hat und wir können heute feststellen, daß diese seine Tätigkeit von allen Schichten der Bevölkerung voll anerkannt und gewürdigt wird. Ich schlage deshalb vor und bitte Sie, unseren Landeshauptmann Krainer wieder einstimmig zum Landeshauptmann zu wählen. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Präsident Thoma: Zur Abgabe einer Erklärung erteile ich dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Herrn Dr. h. c. Machold das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der am 9. Oktober neugewählte Steiermärkische Landtag, der heute zu seiner zweiten Sitzung zusammengekommen ist, um den Landeshauptmann, seine Stellvertreter und die neue Landesregierung zu wählen, weist in seiner Zusammen-

setzung gegenüber dem aus der Wahl im November 1945 hervorgegangenen ersten Landtag wesentliche Veränderungen auf. Die Österreichische Volkspartei ist nicht mehr die alleinige Vertreterin der bürgerlichen Wähler; Vertreter einer neuen Partei sind in den Landtag eingezogen und haben auf ihren Abgeordnetensitzen zur Rechten Platz genommen. Das Bild unseres Landtagssitzungssaales erinnert mich und mit mir gewiß auch andere wieder an die Zeiten vor dem Jahre 1934.

Die Zulassung der neuen wahlwerbenden Partei zu den Nationalrats- und Landtagswahlen war umstritten und es ist bekannt, daß Bemühungen im Gange waren, durch eine Verfügung des Alliierten Kontrollrates die Monopolstellung der Österreichischen Volkspartei als alleinige bürgerlich-bäuerliche Partei aufrecht zu erhalten.

Der Standpunkt der Sozialistischen Partei zur Frage der Neuzulassung von wahlwerbenden Parteien ist durch unsere grundsätzliche Auffassung über Demokratie und Gesinnungsfreiheit bedingt und gegeben.

In einem demokratischen Staat hat nach unserer Überzeugung jede Interessentengruppe, die sich zum Staate und zu seiner Verfassung bekennt, das Recht, sich politisch selbständig zu organisieren und zu betätigen. Die Bildung solcher neuen politischen Gruppen mit den Rechtsmitteln des Staates zu unterdrücken, sie aus der öffentlichen Tätigkeit auszuschalten und sie außerhalb der Gesetze zu stellen, führt zu nichts Gutem. Damit werden die Betroffenen nur in eine unkontrollierbare illegale Tätigkeit gedrängt, die schwere Gefahren für das Allgemeinwesen und für das staatliche Wohl in sich birgt.

In dem Bestreben aber, das Inslebentreten und die Betätigung neuer politischer Parteien durch allhand Intrigen und Winkelzüge hintanhaltend zu wollen, um dadurch Wählerstimmen zu gewinnen, kann nur als Ausdruck einer recht kurzfristigen Politik erblickt werden, durch die vielleicht vorübergehend parteipolitische Erfolge zu erreichen sind, die aber schwere Gefahren für die demokratische staatliche Entwicklung heraufbeschwören müssen.

In Österreich haben alle Experimente, die die Schaffung einer antisozialistischen bürgerlichen Einheitsfront zum Ziele hatten, wir haben deren einige miterlebt, immer nur den inneren Frieden gestört und haben sich immer nur zum Schaden der Allgemeinheit und zum Nachteil des Staates und Volkes ausgewirkt. Eine Partei, die ihre festen Grundsätze und ihr festes Programm hat, die will und muß sorgsam auf Reinheit achten und darf nicht durch trügerische und falsche Versprechungen und Verbindungen Anhänger und Mitglieder werben und in ihre Reihen aufnehmen, die gesinnungsgemäß doch nicht zu ihr gehören. Solche Methoden widersprechen nicht nur dem Gebote der Anständigkeit und Ehrlichkeit im politischen Kampfe, sondern müssen früher oder später die eigene Partei selbst zersetzen und in die schwerste innere Krise stürzen.

Der schnurgerade Weg einer solchen verfehlten Politik endet zwangsläufig in irgendeiner Diktatur, weil bei einer solchen Art der parteipolitischen

Entwicklung alle Parteigrundsätze und Parteiprogramme über Bord und über den Haufen geworfen werden müssen und weil letzten Endes nur mehr ein ganz kleines Häufchen von Ehrgeizlingen oder Abenteurern die Macht in der Hand hat und sie dann unbeschränkt und diktatorisch ausnützt.

So war es bei uns in Österreich in den Jahren 1933 und 1934. Damals wurde die große christlichsoziale Partei von oben herunter, von ihren eigenen Führern, systematisch völlig ausgeschaltet, das Sammelsurium der Vaterländischen Front, die in Wirklichkeit nur das Feigenblatt für die Diktatur des autoritären Regimes abgab, geschaffen und der Demokratie ein Ende gesetzt. Es wäre für die Zukunft unseres Staates von schwersten Folgen begleitet, wenn aus den Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit nicht die richtigen Konsequenzen gezogen würden.

Was nun die neue Partei anlangt, so wird sich sehr bald erweisen, daß es für die demokratische Entwicklung unserer Republik richtig und nützlich war, ihren Eintritt in die Wahl für den Nationalrat, Landtag und auch für die Landeshauptstadt Graz nicht zu verhindern.

Es haben keineswegs alle ehemaligen Nationalsozialisten den Verband der Unabhängigen gewählt. Zehntausende der für ihn abgegebenen Stimmen stammen zweifellos von den sogenannten Unzufriedenen, die mit der Tätigkeit und mit den Maßnahmen der Regierungsparteien nicht einverstanden sind, sie kritisieren und in völliger Verkennung der allgemeinen Lage, in der sich unser Vaterland befindet, glauben, daß es andere besser machen können. Diese Masse der unzufriedenen Wähler hat mit dem Nationalsozialismus, hat mit nationalsozialistischer Ideologie oder Propaganda nichts zu tun, sondern sie will Sicherung und Verbesserung ihrer Existenz, die nur durch praktische Aufbauarbeit herbeigeführt werden kann. Kommt die neue Partei diesem Auftrag der Wähler nicht nach, entzieht sie sich dieser positiven Aufgabe im Staate und in den Ländern, so wird sie dieser Teil der Wähler des 9. Oktober sehr bald verlassen.

Man soll aber auch die ehemaligen Nationalsozialisten, die die neue Partei gewählt haben, nicht falsch beurteilen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen ist schon längst belehrt und bekehrt, hat seinen Irrtum schwer gebüßt und hat der neuen Partei die Stimme bei der Wahl vornehmlich nur deshalb gegeben, weil sie meinen, die Regierungsparteien tragen an der falschen und unzulänglichen gesetzmäßigen Behandlung und an der Verzögerung der Liquidierung des nationalsozialistischen Problems die alleinige Schuld. Gerade die Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat in den letzten Monaten bis in die jüngste Zeit hinein haben es aufs neue bewiesen, daß die endgültige Bereinigung der nationalsozialistischen Frage in Österreich nicht erfolgen kann, bevor nicht der Staatsvertrag abgeschlossen ist und unsere Regierung und unser Parlament nicht mehr von fremdem Willen, von fremden Einsprüchen und von fremden Anordnungen abhängen. Die neue Partei mit ihren 16 Mandaten von 165 im Parlament, also mit einem Anteil von einem Zehntel, kann zur Lösung dieses Problems nichts Wesentliches bei-

tragen, zumal es sich hier um Fragen der Verfassung handelt, die an eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit und derzeit auch noch an die Zustimmung aller vier Mitglieder des Alliierten Kontrollrates gebunden sind. Also werden zu gegebener Zeit wieder nur die zwei großen Regierungsparteien die Entscheidung zu treffen haben und die Hoffnungen, die nach dieser Richtung von den Wählern der neuen Partei gehegt werden, müssen sich bei der gegebenen Sachlage als trügerisch erweisen.

Heute schon sind rund 450.000 ehemalige Nationalsozialisten, das sind 90% sämtlicher, aus den Registrierungslisten gestrichen und den anderen österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt. Sobald die Finalisierung und Ratifizierung des Staatsvertrages erfolgt sein wird und wir unsere Freiheit und Unabhängigkeit wieder erlangt haben werden, kann und soll die endgültige Liquidierung der Vergangenheit erfolgen. Was die Sozialistische Partei anlangt, so wird sie zu einer objektiven, korrekten, versöhnlichen und menschlichen Lösung ihr Teil beitragen.

Im allgemeinen braucht man sich über den Wahlerfolg des Verbandes der Unabhängigen nicht zu wundern und soll sich davor hüten, falsche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Bis zum Jahre 1934 hat es unter den Wählern in Österreich immer einen bestimmten Kreis von Menschen gegeben, die nicht schwarz, aber auch nicht rot wählen wollten, sondern einer dritten oder vierten Partei ihre Stimme gaben. 700.000 bis 800.000 Staatsbürger haben bei jeder allgemeinen Wahl in dieser Weise ihrem Willen Ausdruck verliehen. Die neue Partei der Unabhängigen hat demgegenüber bei einer erhöhten Zahl der Wähler und Wählerinnen rund 480.000 Stimmen erhalten. Die Wahlen vom 9. Oktober haben also nur eine Ausbalanzierung und Dreiteilung der politischen Kräfte in Österreich mit sich gebracht, wie sie schon in unserer Ersten Republik bestanden hat und wie sie historisch begründet ist.

Die Einstellung der Sozialistischen Partei zu der neuen Partei, die im Steiermärkischen Landtag durch 7 Abgeordnete von 48 und in der Landesregierung durch ein Mitglied von 9 vertreten ist, kann keine andere sein als eine abwartende. Manche Erscheinungen und manche Vorkommnisse innerhalb des Verbandes der Unabhängigen — die sich außerhalb der breiten Öffentlichkeit abspielen — müssen heute schon ernste Bedenken erwecken und zwingen zu folgender Feststellung:

Wird die neue Partei nach ihren Erklärungen vor und nach der Wahl die Verfassung achten und sich nicht nur im Parlament und Landtag, sondern auch in ihrer sonstigen Tätigkeit an die demokratischen Grundsätze und Regeln halten, so wird man ihre Auffassungen, Anregungen und Vorschläge objektiv beurteilen und beachten. Tut sie dies nicht, so ist die bedingungslose und restlose Ablehnung und die entschiedenste Gegnerschaft selbstverständlich. Auf Grund unserer Erlebnisse und bitteren Erfahrungen aus der Vergangenheit kann in unserer Zweiten Republik nur der Grundsatz gelten: „Demokratie nur für Demokraten!“ (Rufe: „Sehr richtig!“) Hierzu sei es mir gestattet, noch

kurz auszusprechen, daß heute doch kein vernünftiger Mensch sich von einem Neuaufleben des Nationalsozialismus etwas erwarten kann. Bei unserer geographischen Lage und in der Situation, die sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nicht nur in unserer unmittelbaren Umwelt, sondern in der ganzen Welt ergeben hat und die sich in dieser Beziehung auch nie wieder ändern kann und ändern wird, gehört das Kapitel „Nationalsozialismus“ einer unrühmlichen Geschichte an und ist nur für Menschen, die mit Scheuklappen versehen sind und völlig abseits der gegebenen Realitäten in der Welt stehen, nicht endgültig vorbei und nicht endgültig abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat durch den Ausfall der Wahlen am 9. Oktober hier im Landtag und auch in der Landesregierung ihre frühere Mehrheit eingebüßt und sie wird in der neuen Legislaturperiode dieser Tatsache Rechnung tragen müssen. Sie hat, um ihre frühere Mehrheit im Parlament und im Landtag zu erhalten, zu den verzweifeltsten Mitteln gegriffen und den Wahlkampf vornehmlich nach folgenden zwei Richtungen geführt:

Erstens hat sie alle Anstrengungen gemacht, die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten für sich zu gewinnen und hat die Führer des Verbandes der Unabhängigen geradezu angefleht und beschworen, von einer eigenen Wahlwerbung Abstand zu nehmen und mit ihr eine antisozialistische Einheitsfront zu bilden. Ich habe schon erwähnt, was für Gefahren für Staat und Volk hätten entstehen müssen, wenn ein solcher Versuch gelungen wäre. Er ist nicht gelungen. Ein großer Teil der ehemaligen Nationalsozialisten ist seine eigenen Wege gegangen und hat, entgegen allen Anpreisungen und Empfehlungen selbst ehemaliger „Prominentester“ nicht die Österreichische Volkspartei gewählt und so ist die frühere Mehrheit im Parlament und im Landtag für sie verlorengegangen.

Zweitens hat die Österreichische Volkspartei den Wahlkampf gegen uns Sozialisten mit der Absicht geführt, eine Angstpsychose bei den besorgten unentschlossenen und schwankenden Wählerschichten zu entfachen. Jedermann könnte und sollte schon aus unserer eindeutigen Haltung während der abgelaufenen Legislaturperiode wissen, daß wir die Volksdemokratie auf das entschiedenste ablehnen, ebenso wie jedes andere Gewaltsystem, und daß wir kompromißlos für die Demokratie eintreten und auch immer eintreten werden. Die Führer der Österreichischen Volkspartei wissen dies auch sehr gut. Sie haben aber trotzdem den Wahlkampf gegen uns fast ausschließlich nur damit bestritten, daß sie uns gegen ihr besseres Wissen und von allem Anbeginn des Wahlkampfes an in ihren Versammlungen, in ihrer Presse, in Flugschriften und Plakaten als Vorbereiter der Volksdemokratie bezeichneten und verdächtigten. Dieses unfaire Wahlmanöver ist allerdings gelungen. Das Wahlplakat-Märchen von der „roten Katze“ der Volksdemokratie, die aus dem Sack der Sozialisten springt und anderes mehr, hat die in ihrem politischen Urteil Unselbständigen in die beabsichtigte Angstpsychose versetzt, und die Österreichische Volkspartei zieht als stärkste

Partei ins Parlament und in den Steiermärkischen Landtag ein. Bei den Novemberwahlen 1945 hat sich die Österreichische Volkspartei mit demselben Erfolg ganz desselben Wahlmanövers bedient. Ich glaube aber nicht, daß diese Art des Wählerfanges noch ein drittes Mal verfangen wird, denn auch ein guter Gimpel geht bekanntlich nur zweimal auf den Leim. (Heiterkeit.)

Ich bitte aber, mich nicht mißzuverstehen. Es ist selbstverständlich, daß ein entscheidungsschwerer Wahlkampf nicht so gespielt werden kann wie eine gemütliche Tarock-Partie. Ich persönlich bin froh, daß er vorüber ist und habe keineswegs die Absicht, ihn irgendwie wieder neu zu beleben.

Ich mache diese rein sachlichen Feststellungen vornehmlich deshalb, weil die Mitglieder der Sozialistischen Partei in Steiermark und insbesondere die Vertrauensmänner auch heute noch erbittert über diese Wahlmethoden der Österreichischen Volkspartei sind. Sie würden es kaum verstehen, wenn ich als Chef der Partei bei der Wahl eines Landeshauptmannes aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei mit Stillschweigen über diese Ereignisse hinweggehen wollte. Das geradezu scheußliche Galgenplakat, das unser Partei-Symbol, die „Drei Pfeile“, als Galgengerüst zeigt, auf dem die Leichen Gehenker baumeln, wird nicht so schnell dem Gedächtnis der sozialistischen Vertrauensmänner entswinden — zumal sie dadurch gewiß wider Willen aber doch recht drastisch an eine Zeit zurückerinnert wurden, wo nicht die Sozialistische Partei, die es nirgends und nie getan hat und auch nie tun wird, sondern eine andere diese Art der Erledigung politischer Gegner praktizierte. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Die Auslandspresse, besonders auch die der Österreichischen Volkspartei parteipolitisch nahestehende, hat sich über diese Art des Wahlkampfes kein Blatt vor den Mund genommen. So schreibt, um nur ein Beispiel anzuführen, die konservative „Gazette de Lausanne“: „Sie (die Volksparteiler) haben sich mit Klauen und Krallen verteidigt und nahmen oft zu reichlich erstaunlichen, ja undemokratischen Methoden Zuflucht. Wie Staatssekretär Graf betonte, kämpfte die VP. für ihre Existenz und glaubte daher, sich sonderbarer Methoden bedienen zu können, wie Diebstahl von Dokumenten, Verleumdung und einer Propaganda, die nicht immer der Wahrheit entsprach.“ Dies mag genügen.

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat den bisherigen Landeshauptmann Josef Krainer zur Wiederwahl vorgeschlagen. Wenn sich der in Vorschlag Gebrachte in seinen Wählerversammlungen auch auf das Niveau seiner Parteipresse gegeben hätte, so wäre es uns wohl unmöglich gewesen, für ihn zu stimmen. Er hat dies aber nicht getan, sondern hat nach den uns gewordenen Berichten den Wahlkampf persönlich objektiv und sachlich geführt.

In die Zeit der kommenden Legislaturperiode wird der Abschluß des Staatsvertrages fallen. Wir werden durch ihn das volle Ausmaß unserer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten. Wir werden aber dafür und für die uns derzeit noch fehlende Verfügungsgewalt über die sich in russischer Hand

befindlichen Teile unserer Wirtschaft mit hundertaussenden von Dollar und mit Konzessionen bezahlen müssen, die große Opfer erheischen und eine gewaltige Belastung mit sich bringen werden. Nach Fertigstellung des Staatsvertrages wird eine Riesenaufgabe zu lösen sein und sie kann — insbesondere auch mit Rücksicht auf die herannahende Zeit des Endes der Marshallhilfe — in allererster Linie nur gelöst werden in Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unserer Zweiten Republik. Auch für das Land Steiermark und für seine Bewohner werden noch schwere Zeiten kommen und zu überwinden sein. Auch ein Notstand im Lande kann nur überwunden werden durch Kooperation der beiden großen politischen Parteien. Wir Sozialisten werden bei allen notwendigen Maßnahmen darauf dringen, daß die Bürden und Lasten gerecht aufgeteilt, daß die Leistungsfähigen entsprechend herangezogen und die Armen und Schwachen berücksichtigt und geschont werden.

Vom künftigen Chef der Steiermärkischen Landesregierung, der selbst aus dem Stande der Arbeiterschaft kommt, glauben wir Verständnis für die Nöte und Sorgen des Volkes erwarten zu können. Wir erwarten von ihm aber auch Korrektheit, Objektivität, Gesetzestreue und Zurückstellung der Parteiinteressen gegenüber dem Allgemeinwohl.

Die Bundesregierung in Wien ist nach längeren Verhandlungen in der Weise gebildet worden, daß die Österreichische Volkspartei als stärkste Partei den Bundeskanzler stellt.

Es ist unsere Auffassung, daß der Landeshauptmann von Steiermark aus der stärksten Partei des Landtages gewählt werden soll. Die Österreichische Volkspartei ist die stärkste Partei im Landtag, sie schlägt Herrn Josef Krainer zum Landeshauptmann vor und wir werden aus den von mir angeführten Gründen für ihn stimmen. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. Dr. Elsnitz: Hohes Haus! Die Wahlpartei der Unabhängigen steht auf dem Standpunkt, positive Arbeit im Interesse unseres Landes zu leisten, soweit man ihr hiezu die Möglichkeit bietet. Als demokratische Partei, die 100%ig auf der Basis unserer Verfassung steht, anerkennen wir das Recht der stärksten Landtagsfraktion auf Stellung des Landeshauptmannes. Wir waren bereit, die Haltung der Monopolparteien, vor allem aber der ÖVP, die sich mit ihrem Graffaschismus einmaliges im Wahlkampf geleistet hat, nach dem 9. Oktober zu vergessen. Wir setzten jedoch voraus, daß nach der Wahl die Methode der Diffamierung endlich einmal ein Ende finden wird, müssen aber mit Bedauern feststellen, daß diese Erwartungen bisher nicht erfüllt wurden. Solange die ÖVP glaubt, die Wahlpartei der Unabhängigen mit nichtdemokratischen Methoden bedenken zu können, solange ist es uns unmöglich, für ihren Landeshauptmann zu stimmen. Soweit aber der durch dieses Hohe Haus vorgeschlagene Landeshauptmann korrekt und einwandfrei sein Amt führt, werden wir mit ihm loyal zusammenarbeiten.

Gleichzeitig protestiere ich im Namen meiner Fraktion gegen die uns aufgezwungene Sitzordnung, da wir bekanntlich eine Partei der Mitte sind.

(Gelächter bei ÖVP, SPÖ und KPÖ.) Wir werden bei der Wahl des Landeshauptmannes uns der Stimme enthalten.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Die Erklärungen der Regierungsparteien anläßlich der Bildung der steiermärkischen Landesregierung in der heutigen Landtagssitzung waren eigentlich vollkommen überflüssig. Für das werktätige Volk der Steiermark hat die neue Landesregierung ihre Visitenkarte bereits abgegeben. Als die Arbeiterfrauen heute früh ein Stück Fleisch für Sonntag besorgen wollten, fanden sie die Fleischerläden leer. Wer Glück hatte, konnte ein Stück fettes Schweinefleisch erstehen. Viele Hausfrauen hatten auch dieses Glück nicht, aber sie haben dafür die Visitenkarte der neuen Landesregierung. Die Viehzucht ist der bedeutendste Zweig der steiermärkischen landwirtschaftlichen Erzeugung. Trotzdem nimmt sich die freie Wirtschaft die Freiheit, den städtischen Konsumenten mit fleischlosen Wochen zu überraschen. Es steht den Konsumenten frei, sich eine Dose Cornedbeef um 21 S zu kaufen oder aber in Kartoffeln auszuweichen, unter Umständen sich welche zu kaufen. Am Jakominiplatz waren die Kartoffeln heute früh mit 75 g angeschrieben, vor dem Kriege kostete 1 Kilo 7 g. Dieser Preis und diese Verhältnisse sind das wahre Spiegelbild der heutigen Regierung und auch ein Spiegelbild der Verhältnisse des Wahlausganges vom 9. Oktober.

Der Linksblock konnte bei den Wahlen am 9. Oktober etwa 11 % mehr Stimmen gewinnen als die Kommunistische Partei im Jahre 1945 erreichte. Leider begünstigt das in Österreich gültige Wahlgesetz die großen Parteien und benachteiligt die kleinen. Während ein ÖVP-Landtagsmandat 12.700 Stimmen wert ist, für ein SPÖ-Mandat mindestens 13.500 Stimmen notwendig waren und für ein Mandat des VdU 16.400 Stimmen, vertrete ich als einziger Abgeordneter des Linksblocks 29.600 Wähler. Würde für die anderen Parteien 1 Mandat ebenso viele Stimmen nötig haben wie der Linksblock, so wäre die ÖVP in diesem Landtag mit kaum 10 Mandaten, die SPÖ mit 9 und der VdU mit kaum 4 Mandaten vertreten.

Das Ergebnis der Wahlen vom 9. Oktober bedeutet für den Steiermärkischen Landtag eine gewisse Verstärkung der Reaktion. Demokratisch getarnte Versuche des braunen Faschismus, sein Haupt wieder zu erheben, haben im VdU einen legalisierten Vertreter gefunden. Was seine Führung und seinen Kern betrifft, ist der VdU eindeutig faschistisch. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wähler des VdU ist den getarnten Nazipropagandisten dieser Bewegung ohne Zweifel aufgesessen. Es behaupten doch diese Propagandistenvertreter, sie vertreten eine funkelnelagelneue Partei, die mit dem fluchbeladenen Faschismus der Vergangenheit, mit der NSDAP, die unser Land und unser Volk ins Unglück stürzte, nichts zu tun hat. Die Kommunisten und Linksozialisten werden nicht müde werden, diesen Teil der VdU-Wähler über den wahren Charakter des VdU aufzuklären. Man kann dieses beschämende Kapitel der jüngsten Geschichte der österreichischen Politik nicht abschließen, ohne die Rolle der beiden Re-

gierungsparteien einer Kritik zu unterziehen. Landesgruppenobmann der ÖVP Dr. Gorbach hatte durch seine Methode der Versöhnungspolitik den braunen Faschismus ermutigt. Ich erinnere an die Namen Strachwitz, Pfrimer und Hainzl. Es ist eben so. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Die neue Zusammensetzung des Steiermärkischen Landtages beweist, daß, wer Strachwitz und Pfrimer protegiert, gegen Wiederbelebungsversuche der NSDAP wehrlos ist. Die ÖVP bezahlte die Politik des Dr. Gorbach mit dem Verlust von vier Landtagsmandaten. Der Parteiobmann der SPÖ, Dr. Machold, ist einer der prominentesten Geburtshelfer des VdU in Österreich (Allgemeine Heiterkeit.) (LR. Dr. Illig: „Er ist aber auch Doktor der Medizin!“), mindestens so prominent wie sein Parteifreund Helmer in dieser Sache ist, wenn sich auch Dr. Machold hinter dem breiten Rücken Helmers versteckt. Dr. Machold konnte es nicht ertragen, — das kann man ja verstehen — in der Steiermärkischen Landesregierung bei allen Kampf-abstimmungen gegenüber der ÖVP immer wieder in der Minderheit zu bleiben. Leider hat er nicht die richtigen Schlußfolgerungen daraus gezogen und durch eine sozialistische Politik seiner Partei und seiner Person versucht, die Mehrheitsverhältnisse im Lande zu ändern. Der überschlaue Dr. Machold erinnerte sich an den Landbündler Hartleb. Hilf, was helfen kann! So schlug die Geburtsstunde des VdU! Dr. Machold vergaß, daß Hartleb einer der Verantwortlichen des blutigen 15. Juli 1927 ist und eine prominente Rolle zur Zeit des schwarzen wie des braunen Faschismus gespielt hat. Ich bin der Überzeugung, daß die sozialistischen Arbeiter ein besseres Gedächtnis haben. Die SPÖ bezahlte die Politik Dr. Macholds in der Steiermark allein mit dem Verlust von zwei Landtagsmandaten und der Hoffnung, jemals die Mehrheit im Steiermärkischen Landtag zu erobern. (Zwischenruf Abg. Plaimauer: „Wo hast denn Du Deinen Kumpel gelassen?“ Schallende Heiterkeit.) Der Hitler-Faschismus fand mit dem Sieg der sozialistischen Sowjet-Union und der westlichen Alliierten ein Ende. Mit der Farce des Hitler-Faschismus, mit dem VdU und den faschistischen Kräften innerhalb der Volkspartei werden die demokratischen Kräfte Österreichs fertig werden. Es ist tief bedauerlich, daß im politischen Leben unseres Landes die Frage des Neo-Faschismus einen so breiten Raum einnimmt. Erklärbar ist dies nur durch das völlige Versagen der Regierungskoalition bei der Lösung der elementarsten Lebensfragen unseres Volkes.

Der durch den Marshall-Plan vorgezeichnete Weg der Wiedererrichtung und Festigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verheißt auch für die nächste Zukunft durchaus nichts Gutes für die werktätigen Schichten unseres Volkes. In der letzten Zeit sind die Preise wichtiger Grundnahrungsmittel auf das Zehnfache der Vorkriegspreise und auch höher gestiegen. Ähnlich steht es bei Schuhen, Textilien und anderen wichtigen Bedarfsgütern. Die Bewegung in den Betrieben und Büros gegen die ununterbrochene Steigerung der Lebenshaltungskosten zeigt, daß die Geduld der Arbeiter und Angestellten erschöpft ist. Die soge-

nannte „freie Wirtschaft“ droht durch ihre Methoden zügellosen Profitstrebens eine immer größere Verelendung unseres Landes herbeizuführen. Die beiden Koalitionsparteien in der Bundes- wie in der Landesregierung sind durch ihre Politik für diese Entwicklung verantwortlich. Die kommenden Klassenkämpfe in Österreich werden beweisen, daß die Zeit des einseitig geführten Klassenkampfes gegen die Arbeiter vorbei ist.

Der Wahlkampf wurde von den beiden großen Parteien, man kann sagen beinahe ausschließlich bestritten mit einer wüsten Hetze gegen die Volksdemokratien und gegen die Sowjet-Union, gegen die Kommunisten. Daß die Österreichische Volkspartei es ausschließlich auf diese Methode der Propaganda angelegt hatte, ist verständlich. Sie ist die Partei der besitzenden Klasse trotz Arbeiter- und Angestelltenbund und sie ist die Partei, die die Ausbeuter-Interessen in Österreich vertritt. (LR. Doktor Illig: „Die alte Walze! Das ist ja schon langweilig!“) Aber auch die Sozialistische Partei sah sich bemüßigt, den Wahlkampf ausschließlich auf dem Boden der Russenhetze, der Hetze gegen die Volksdemokratien und der Hetze gegen die Kommunistische Partei zu führen. (Abg. Wernhardt: „Gegen die Diktatur!“) Auch heute hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold in seiner Rede sich wieder veranlaßt gesehen, einen Schlag — nach seiner Meinung jedenfalls — gegen die Sowjet-Union zu führen, indem er angeführt hat, daß der Staatsvertrag schwere Lasten für das österreichische Volk und die österreichische Wirtschaft bringen wird, rein durch die Tatsache, weil die Sowjet-Union für das ihr zustehende deutsche Eigentum in Österreich 150 Millionen Dollar fordert. Man mag über dieses deutsche Eigentum in Österreich denken, wie man will! Wenn ich vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold bei seinen Betrachtungen in dieser Frage auch nur ein Wort über die Forderungen der Amerikaner an die österreichische Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Abschluß des Staatsvertrages gehört hätte, wenn ich etwas gehört hätte von jenen 700 Millionen Dollar, die die Amerikaner als Wiedergutmachung für angeblich geschädigtes amerikanisches Eigentum in Österreich fordern, dann würde ich sagen: „Gut, auch ein Standpunkt, eben der Standpunkt der Sozialistischen Partei!“ Aber die sozialistische Partei, die natürlich sich bemüßigt fühlt, heute in Österreich durch ihre Führung die Interessen des in- und ausländischen Kapitals zu schützen (Gelächter bei SPÖ), ist bereit, die 700 Millionen Dollar, die die Amerikaner fordern, zu übersehen, aber die 150 Millionen Dollar, die die Russen fordern, die ja wirklich durch den deutschen Faschismus gewaltigen Schaden erlitten haben, diese 150 Millionen sehr deutlich zu sehen. Es ist ja klar, wenn man bereits so weit gekommen ist, daß man seine einzigen politischen Hoffnungen für die Zukunft darauf aufbaut, daß sich in unserem Lande eine neofaschistische Partei entwickelt, ja man sie selbst zur Entwicklung bringt, dann ist es klar, daß man in diesen grundsätzlichen Fragen keine andere Stellung einnehmen kann.

Wir Kommunisten bekennen uns zur Volksdemokratie. (Abg. Operschall: „Das ist viel einfacher.“) Wir haben das nie geleugnet und haben auch keinen Grund, es zu leugnen. Im kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels heißt es: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“ Wir halten uns an diesen Satz. Wir sind der Auffassung, daß auch in unserem Land die Ausbeutergesellschaften von neuen sozialistischen Gesellschaften abgelöst werden sollen. Wir sind der Meinung und werden auch dafür kämpfen, daß auch in unserem Land der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gesetzt wird. Wir wissen, daß das nur auf einem einzigen Weg möglich ist (Zwischenruf: „Stachanow!“), auf dem Weg einer Demokratie, die wirklich von den breiten Massen des Volkes getragen wird, auf dem Wege der Volksdemokratie. (Zwischenruf L.-R. Dr. Illig: „Von Massen merkt man nicht viel! Bei der Einmannpartei!“) (Gelächter.)

Herr Dr. Illig, es ist immerhin interessant, daß der ganze Wahlkampf in Österreich und auch in der Steiermark sich auf diese Einmannpartei konzentriert hat. Scheint doch nicht so unwichtig zu sein, diese kleine Partei, scheint doch auch in Ihrem Bewußtsein und in Ihrer Vorstellung eine große Rolle zu spielen. (L.-R. Dr. Illig: „Als Watschenmann waren Sie sehr brauchbar.“) (Abg. Operschall: „Nur wegen des großen Bruders.“) Aus den sozialdemokratischen Reihen kommt der Zwischenruf, das sei nur wegen des großen Bruders. Lieber Freund, ich kann Dir darauf antworten: Wir sind stolz auf diesen großen Bruder (Heftige Gegenrufe, Gelächter), denn dieser große Bruder hat dem Faschismus in Europa ein Ende gesetzt und auch Du würdest nicht hier sitzen und reden und könntest nicht dumme Zwischenrufe machen, hätte nicht der große Bruder mit 17 Millionen Toten für seine und für die Freiheit Europas gezahlt.

Sie werden verstehen, daß meine Partei für die neue Landesregierung, die sich heute vorstellen wird, nicht stimmen kann. (Zwischenruf: „Du allein.“)

Präsident **Thoma**: Ich schreite zur Wahl des Landeshauptmannes und ersuche die Schriftführer Abg. **Wegart** und **Hofmann** die Stimmzettel zur Verteilung zu bringen, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß leere Stimmzettel ungültig sind. (Die Stimmzettel werden verteilt.)

(Nach einer Pause.) Ich ersuche die Schriftführer, die Stimmzettel wieder einzusammeln. (Geschieht. Es werden die Stimmen gezählt.)

Ich stelle fest, daß 47 Stimmen abgegeben wurden, für den Wahlvorschlag haben 38 Abgeordnete gestimmt, kein Abgeordneter hat gegen den Wahlvorschlag gestimmt, 9 Stimmen sind ungültig. Hiemit ist Abg. **Josef Krainer** einstimmig zum Landeshauptmann gewählt. (Andauernder, lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann **Josef Krainer** unter Berufung auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß die Erklärung abzugeben, ob er die Wahl annimmt.

Abg. **Josef Krainer**: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmann **Krainer** das Wort.

Landeshauptmann **Krainer**: Hoher Landtag! Ich möchte Ihnen zunächst, meine verehrten Abgeordneten, für das Vertrauen danken, das mich abermals an die Spitze unseres Heimatlandes gewählt hat. Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß ich damit ein Amt auszuüben haben werde, das mit einem hohen Maß von Verantwortung ausgestattet ist, die zu übernehmen für mich ein Wagnis wäre, könnte ich nicht mit ihrer restlosen Mithilfe rechnen. Uns allen aber wird der Umstand bei der Erfüllung unserer Pflichten förderlich sein, daß seit dem Jahre 1945 in unserer Bevölkerung die Konsolidierung der Meinungen der Unsicherheit gewichen ist. Auch die Steiermark hat sich am 9. Oktober ihr bisheriges politisches Profil bewahren können. Die Zuversicht unserer Bevölkerung, daß die von uns gemeinsam beschrittenen Wege zur Stabilisierung unserer Lebensbedingungen richtig sind, kommt in dem Ergebnis der Wahl klar zum Ausdruck. Es ist keine Partei an und für sich zum Sieger an diesem Wahlsonntag geworden, sondern der staatsbejahende Wille zum Aufbau, jener Wille, der der bodenständigen Kraft und der Beharrlichkeit der Menschen dieses Landes immer wieder dann eigen ist, wenn es um das Wohl ihrer Heimat geht. Der 9. Oktober 1949 war ein überzeugender Vertrauensbeweis auch in der Steiermark für die bisherige Politik der Regierung. Diese Gewißheit ist anspornend für uns, sie wird uns in unserem aufrichtigen Vorhaben, immer und jederzeit dem Lande zu dienen, bestärken.

Zu den drei politischen Parteien des nach dem letzten Kriege Ende 1945 gewählten Steirischen Landtages ist eine vierte Partei getreten. Gewiß, dadurch wird das politische Bild lebhafter werden, vielleicht werden die Auseinandersetzungen dann und wann einmal bewegter sein. Alle Probleme, die uns befassen werden, alle Entscheidungen, die wir treffen müssen, werden jeweils an die Vertreter unseres gesamten Volkes die Gewissensfrage stellen. Aber ich bin überzeugt, daß wir alle immer dann, wenn es um das Wohl unserer Heimat geht, zusammen das Richtige treffen werden, wenn wir nur alle wollen. In solchen Augenblicken werden uns nicht allein Parteiinteressen lenken dürfen, sondern die Verantwortung, die uns unsere Wähler aufgetragen haben. Die altehrwürdige Landstube muß eine Stätte sachlicher, ernster Arbeit sein; in ihr ist kein Platz für Auseinandersetzungen, die das Ansehen unserer Demokratie schädigen könnten.

Ich möchte aber andererseits, um jeden Zweifel von Haus aus zu beseitigen, ausdrücklich erklären: Die Demokratie ist für uns ein allzu teuer wiedererlangtes Geschenk des Allmächtigen gewesen, als daß wir jemals zulassen könnten, daß jemand an ihr rüttle. Für Tendenzen, die das Vorzeichen von Gewalt tragen und damit Versuche zur Wiederbelebung eines vergangenen, leidvollen Zeitlaufes unserer Geschichte verkörpern könnten, empfinden wir eine leidenschaftliche Ablehnung. Wir werden unerbittlich jenem Zerrbild von Demokratie entgegentreten, das jenseits unserer Grenzen da und dort praktiziert wird. Wir werden uns zu wehren

wissen gegen alles, was sich als nicht österreichisch und nicht eindeutig demokratisch erweisen sollte. Wir sind entschlossen, als Exponenten unseres christlich-abendländischen Kulturkreises jedem Import des Ungeistes der Gewalt und der Unfreiheit die Stirne zu bieten.

Eine unserer den Alltag noch immer hemmenden Fragen ist die endgültige Regelung von Schuld und Sühne der ehemaligen Nationalsozialisten. Da vertrete ich folgende Ansicht: Das NS-Problem bedarf einer menschlichen Lösung. Soweit hier der Einfluß des Landes möglich war, sind wir auch bisher diesen Weg gegangen: Eine dauernde Entrechtung oder auch nur Minderberechtigung von Staatsbürgern, die keine persönliche Schuld auf sich geladen haben, widerspricht unserer grundsätzlichen Auffassung. Menschen, die sich persönlich schuldig gemacht haben, sind nach dem Strafgesetz zu behandeln. Wenn sich neuerlich Personen eines Neonazismus schuldig machen, so wird mit aller Strenge nach den bestehenden Gesetzen vorzugehen sein. Aber ein Schlußstrich unter die Vergangenheit ist notwendig, um ethischen Grundsätzen unserer Auffassung, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sein müssen, zu entsprechen.

Über die Unantastbarkeit unserer Landesgrenzen besteht, so können wir wohl mit einem Gefühl der unsagbaren Freude feststellen, nicht der geringste Zweifel mehr. Ich möchte daher an dieser Stelle der Bundesregierung den herzlichen Dank des Landes und aller Steirer sagen für die Zähigkeit und die Bemühungen, die sie in der Grenzfrage auch unseres Landes bewiesen hat.

Mein Dank gilt aber auch der Britischen Besatzungsmacht, die als erste erklärt hat, sie werde einer Grenzänderung nie und nimmer zustimmen und nur auf der im Friedensvertrag von St. Germain nach langer, eingehender und mühevoller Überprüfung festgelegten österreichischen Staatsgrenze beharren. An das Verdienst des Mister Majoribanks und des Mister Reber, der sich gelegentlich eines Aufenthaltes im steirischen Grenzland selbst von der heimatstreuen Gesinnung unserer Bevölkerung überzeugen konnte, gestatte ich mir in diesem Zusammenhang ebenfalls dankbar zu erinnern.

Die Unverletzbarkeit unserer Staatsgrenzen wird die Bundesregierung durch die Aufstellung eines Bundesheeres sichern müssen. Aggressive Absichten können Österreich wohl niemals unterschoben werden. Aber wenn wir eines Tages nicht nur befreit sondern wirklich frei sein werden, dann wird zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein Bundesheer notwendig sein. Wir haben aber auch anlässlich von Elementarereignissen in den letzten Jahren sehen müssen, wie notwendig es wäre, die rascheste Assistenz militärischer Einheiten in Anspruch nehmen zu können. Die Hochwasserkatastrophen im Lobming- und Ennstal haben gezeigt, daß bei einem solchen Unglück durch den Einsatz einer geschulten Truppe Berge von Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit beseitigt werden könnten.

Das nunmehr gesicherte steirische Grenzland legt uns aber noch eine andere Verpflichtung auf. Ich denke hier an die Beseitigung jenes wirtschaftlichen Vakuums, das sich beispielsweise aus der iso-

lierten Lage der Stadt Radkersburg und ihrer Umgebung ergeben hat. Dort wird Handel und Wandel von uns neu zu beleben sein; diesem Gebiete unseres Landes wird unsere besondere Obsorge zu gelten haben. Ähnliche Probleme harren unser — um nur wenige Beispiele zu nennen — auch im Raume von Soboth und im Leutschacher Becken.

Zu der Fülle von Aufgaben, die uns in den nächsten vier Jahren beschäftigen werden, zählt vor allem auch eine dauerhafte, gerechte Lösung des Finanzausgleiches und der Abgabenteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß unser Land und die Gemeinden die ihnen zukommenden Aufgaben in erfolgreicher Weise werden bewältigen können.

Weiters möchte ich als Aufgaben erster Ordnung bezeichnen: Die Förderung unserer Landwirtschaft, damit der Bevölkerung des Landes das tägliche Brot gesichert erscheint; die Erhaltung unserer Industriekapazität und die Verhinderung der beabsichtigten Verlagerung von Industriezweigen außerhalb der Steiermark. Damit innig verbunden ist die Sicherung des Arbeitsplatzes für unsere Arbeitnehmer auf dem Industriesektor; ferner den Ausbau der Wasserkräfte, damit der Bedarf des Landes mit Licht und Kraftstrom gesichert und eine vernünftige Tarifpolitik in der Elektrizitätsversorgung gewährleistet ist; weiters die Intensivierung des Fremdenverkehrs, der Ausbau unseres Straßennetzes und der Bau von Güterwegen.

Der Wiederaufbau der durch die Kriegseinwirkungen zerstörten Gebäude in Stadt und Land muß zum Abschluß gebracht werden. Dem Siedlungs- und dem Eigenheimbau werden wir unser besonderes Augenmerk zuwenden müssen, um dadurch Wohnungen zu schaffen.

Das Jugendproblem ist nicht nur eine Frage der Fürsorge und der Elementarbildung, es ist auch ein ethisch-moralisches Problem.

Wir werden weiterhin bestrebt sein, den Bau von Schulhäusern, Fach- und Berufsschulen zu fördern. Auch die Förderung des Sportes in allen seinen Sparten wird notwendig sein.

Das Um und Auf der Stabilität des zu erstrebenden Wohlstandes ist eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik. Soweit sie dem Einfluß des Landes direkt oder indirekt untersteht, haben wir alle Kräfte einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Zu den kommenden Verhandlungen über die Abgabenteilung möchte ich sagen, daß in einem föderalistischen Staate wie Österreich der gerechten Lösung dieser Frage auch für die Länder und Gemeinden eine besondere Bedeutung zukommt.

Zu den Aufgaben der vier Jahre Arbeit, die jetzt einsetzen, wird es, wie ich schon kurz erwähnte, gehören, der Industrie des Landes, die zwar ihren ursprünglichen Substanzverlust wieder wettmachen konnte, die sich aber selbst mit dem Erreichen der Vorkriegsproduktion durchaus nicht begnügen dürfte, im Rahmen des gesamtstaatlichen Volumens die Möglichkeit zu schaffen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Wenn sich die Zahlungsbilanz dank der ERP-Hilfe gegenwärtig auch nicht als ausgesprochen notleidend darstellt, so werden wir mit dem Aufhören der Amerikahilfe den Export

dann aus eigenen Kräften noch um 40 bis 50 Prozent steigern müssen. Gerade bei der eminenten Bedeutung der obersteirischen Industrie für die Wirtschaft unseres Landes wird man verstehen müssen, daß wir allen jenen Bestrebungen, die sich auf die Verlagerung der einen oder anderen Komponente unseres industriellen Sektors in andere Bundesgebiete beziehen, mit allen Mitteln begegnen werden. Wer der steirischen Industrie übel will, der schickt sich an, der Wirtschaft unseres Landes das Herz aus dem Leibe zu reißen und wer könnte etwa leugnen, daß Industriefriedhöfe nicht Arbeitslosigkeit und damit Not bedeuten? Hier heißt es, in allen solchen Verlagerungsabsichten dem geschickten Interventionismus der Zentralstellen mit aller Standhaftigkeit zu begegnen. Es wäre dies Undank an unserer braven Arbeiterschaft, die schon zur Zeit der dürtigsten Lebensmittelaufäufe ihre Leistungen fort und fort zu steigern verstand.

Über sich selbst hinausgewachsen ist seit dem Jahre 1945 der steirische Bergbau. Bei der Gewinnung von Kohle, Roheisen, Magnesit usw. ist die Kapazität beispielsweise im ersten Halbjahr 1949 bereits über den Umfang der Gesamtförderung des Vorjahres hinausgekommen. Ohne Bergbau keine Industrie; das gilt auch für die Steiermark. Daß Bergbau und Industrie sich so trefflich auf einander abgestimmt haben, war eine der grundlegenden Voraussetzungen für die unleugbare Wiedererstarkung unserer Wirtschaft. In den Braunkohlenrevieren der Weststeiermark werden wir alles daransetzen müssen, damit die Veredelung der Kohle mit Nachdruck betrieben und ausgestaltet wird.

Unser besonderes Augenmerk wird weiters dem Ausbau der Wasserkräfte unseres Landes zugewendet sein. Gewiß, es ist uns gelungen, gerade in den beiden vergangenen Jahren vieles nachzuholen, was vor uns versäumt wurde. Ich erinnere an die Inbetriebnahme des Salzwärkes, an den Bau der Fernleitungen in die Weststeiermark und jetzt auch in die Oststeiermark, den Bau des Hierzmannspeichers in der Teigtisch, an die Bemühungen um die Flottnachung der Energiestufe Dionysen bei Bruck. Der Bau des Ennskraftwerkes Hieflau für die Energieversorgung des Landes selbst, und nicht in erster Linie als Zubringer für die Sammelschiene des Verbundnetzes, bleibt eine der dringlichsten Forderungen unserer Landesinitiative in wirtschaftlichen Belangen. Mit dem Ausbau der Wasserkräfte müssen wir auch das Ziel verfolgen, die Tarifpolitik der elektrischen Energie so zu beeinflussen, daß jedem Verbraucher billiger Strom gesichert ist.

Hinsichtlich des steirischen Gewerbes möchte ich sagen, daß es eine ausgesprochene Kurzsichtigkeit wäre, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung zu übersehen. Gerade das Gewerbe ist nicht nur hervorbringender Faktor unseres Wirtschaftslebens, es ist in gesteigertem Maße befaßt, durch Reparaturen den Wert unseres Volksvermögens nicht absinken zu lassen. Der Anteil des Gewerbes an unserer Volkswirtschaft verteilt sich auf mehr als 20.000 Betriebe. Das Gewerbe hat Sorgen, es fehlt da und dort noch an Rohstoffen, der Mangel an Facharbeitern ist bedauerlich und die Lösung der Lehrlingsfragen ist nicht nur zum unbedingt noch zu

klärenden und erzieherischen Problem geworden, sondern auch das einzige Mittel gegen die ohne Nachwuchsherausbildung zu befürchtende Überalterung des Handwerks.

Und nun zur Landwirtschaft. Sie hat in den letzten Jahren so manche ungerechtfertigte Kritik über sich ergehen lassen müssen. Jene aber, die hier stets gegen den guten Willen unserer Bauern zu Felde gezogen sind, vergessen nur allzu leicht, daß wir niemals in allen landwirtschaftlichen Belangen autark waren, daß das Bauernjahr gegen die Unbilden der Witterung nicht gefeit ist, daß guten Ernten übers Jahr ausgesprochene Leerläufe folgen können, daß der steirischen Landwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren Zehntausende von Arbeitskräften fehlten und noch immer fehlen. Ich möchte daher an dieser Stelle um so berechtigter feststellen, daß die steirische Landwirtschaft ihre Pflicht gegenüber dem Lande jederzeit erfüllt hat. An den Produktionsgütern der steirischen Landwirtschaft besitzt unsere Bevölkerung kein ausschließliches Konsumrecht. Steiermark hat viel, sehr viel über die Landesgrenzen hinaus abzugeben.

Wir müssen durch Förderungsmaßnahmen jeglicher Art auch die landwirtschaftliche Produktion stützen. Saatgutaktionen, der Bau von Güterwegen und Seilwegen, die Durchführung von Entwässerungen usw. aber dienen hier nicht nur der Erzeugung selbst, sondern im weiteren Sinne damit auch wieder dem Verbrauch. Wir wissen, daß unsere Landwirtschaft nur dann im Falle von Importen erfolgreich weiterbestehen wird können, wenn wir ihre Erzeugungsmöglichkeiten immer mehr technisieren und mechanisieren. Andererseits aber denken wir daran, zumindestens über die Wintermonate hindurch eine Art bäuerliche Pflichtschule ins Leben zu rufen. Wir versprechen uns von der praktischen und theoretischen Unterweisung unserer bäuerlichen Jugend in den Landwirtschaftsschulen verschiedenster Art auch für die Zukunft sehr viel. Es kann gar nicht genug solcher Fachschulen geben. Aber auch heute wiederum möchte ich der Bauernschaft des Landes sagen: Gewinnt dem Boden ab, was abzugewinnen ist, die Ernährung unserer Bevölkerung darf nicht mehr in Engpässe geraten, das ist die Ehrenpflicht jedes steirischen Bauern!

Der bisherigen Entwicklung unserer Forstwirtschaft beginnen sich nach und nach natürliche Hemmungen in den Weg zu legen. Nach den gewaltigen Entnahmen der ersten Nachkriegsjahre müssen wir uns wieder zum Grundsatz der Vernunft bekennen, wonach nicht mehr geschlägert werden darf als zuwächst, um den Waldbestand zu erhalten. Aufforsten wird also hier in Zukunft die Parole sein und nicht mehr bloßer Abbau. Unser Holz ist im besonderen Maße ein verlässlicher Devisenbringer und Kompensationsfaktor, doch ist die pflichtbewußte Selbsteinschränkung der Holzschlägerung notwendig. Wir müssen den ganzen Einfluß des Landes aufbieten, daß die Holzfaserforschung, für die eine eigene Lehrkanzel an der Technischen Hochschule errichtet wurde, nicht nur die notwendigen Mittel, sondern auch die Laboratorien zur Verfügung gestellt erhält, die für eine ernste Forschungsarbeit erforder-

lich sind. Durch die Veredelung unseres Holzes ergeben sich in Zukunft große wirtschaftliche Möglichkeiten im Lande.

Nicht in dem erwünschten Maße war es bisher dem Fremdenverkehr möglich, am Wirtschaftsleben des Landes maßgeblichen Anteil zu nehmen. Auch dem Fremdenverkehr hatte, vor allem was seine Voraussetzungen betrifft, der Krieg besonders arg zugesetzt. Dort und da stand man vor den ausgebrannten Fassaden ehemals bewährter Gaststätten, deren Mobiliar den Weg der Verwüstung gegangen war. Dazu kommt, daß es oftmals auf weite Strecken hin mit der Beschaffenheit unserer Straßen nicht so bestellt ist wie es sein müßte. Nichts aber kann ein Land, das auf Fremdenbesuch zu rechnen angewiesen ist, so schnell und so gründlich in den Verruf der Rückständigkeit bringen, als daß man dort auch zuweilen auf durchlöchernten Straßen zu fahren gezwungen ist. Wenn sich auch die auf steirischem Boden gelegenen Bundesstraßen teilweise bereits wieder in einem klaglosen Zustand befinden — gegenwärtig erhalten bekanntlich die Wechsel-Bundesstraße und Teile der Straße durch das Ennstal einen Betonbelag — so ist doch beim Kapitel „Straßenwesen“ noch viel zu unternehmen. Es wären vor allem auf den Bundesstraßen die Verkehrshindernisse zu beseitigen, Engpässe durch Umfahrungen zu beheben; ich erwähne hier im besonderen Frohnleiten. In der Verwirklichung aller dieser damit im Zusammenhang stehenden Vorhaben werden wir nicht erlahmen dürfen, wie wir andererseits von der Absicht geleitet sind, den Fremden den Aufenthalt bei uns so angenehm als nur möglich zu gestalten. Die schönste Landschaft allein macht es nicht, sind wir nur ganz offen; der Fremde pflegt eine gewisse Schwäche für Attraktionen zu bekunden. Er kommt nicht ausschließlich als Tourist zu uns. Er erobert zuweilen die Berge am liebsten im Lehnstuhl. Die Schöckel-Seilbahn, die nächstes Jahr zu pendeln beginnen wird, soll nur gewissermaßen der Anfang unseres Dienstes am Kunden sein. Wir haben, so darf ich berichten, nachdrücklich damit begonnen, die Kostbarkeit unserer Museen nicht mehr länger unter den Scheffel zu stellen und haben die Werbung für die historischen Schätze unseres Landes in dieser Hinsicht aktiviert. Unsere steirischen Museen können sich an Pracht und Vielfalt mit den Museen der meisten Großstädte messen. Zu ihrer Förderung sind wir daher besonders verpflichtet.

Dem Wiederaufbau unseres Landes galt schon bisher unser besonderes Augenmerk. Es gelangten für Wiederaufbauarbeiten in der Steiermark bisher rund 700 Millionen Schilling zum Einsatz. Wir können ohne Übertreibung behaupten, daß wir vielfach vom Wiederaufbau zum Aufbau unseres Landes schreiten konnten. Da waren es vor allem die Gemeinden, die in dieser Hinsicht eine Initiative und eine Arbeitsbegeisterung entwickelten, die vielfach als geradezu staunenswert zu bezeichnen sind. Dabei ist den Gemeinden eine Fülle von Aufgaben übertragen, deren Erfüllung im weiteren Sinne weitgehend das Profil des Landes bestimmt; Wohnhausbauten, Schulen, Wege, Brücken, Kanalisationen, Wasserleitungen, Elektrifizierungen — die kommu-

nale Sparte unserer Verwaltung besitzt ein gewaltiges Ausmaß. Der Gemeindeausgleichsfonds, die Selbsthilfe der Gemeinden untereinander, hat viele Millionen von Schillingen in allen Teilen des Landes investieren können. Dieser Fonds bildet augenblicklich neben der eigenen Steuerkraft der Gemeinden die Voraussetzung, daß es bei dieser produktiven Tätigkeit unserer Gemeinden auch in Zukunft zu keinen Hemmungen kommt. Daher wird man unsere energischen Forderungen nach der Unterlassung aller allfälligen weiteren Abschöpfung von Finanzmitteln auch bei den Gemeinden verstehen müssen.

Wir werden uns schon demnächst zur Verabschiedung des Landesbudgets 1950 wieder zusammenfinden müssen. Wir werden damit unsere erste Bewährungsprobe zu bestehen haben. Denn es war nie leicht, so gewaltige Ziffern hinsichtlich Einnahmen- und Ausgabenseite aufeinander abzustimmen. Der Forderung nach Verwirklichung eines dringenden Gebotes unserer Zeit nach einer durchgreifenden Verwaltungsreform werden wir gerecht werden müssen. Die Personalausgaben des Landes beliefen sich bisher stets auf mehr als ein Drittel der gesamten Ausgabenseite, obwohl die Gehälter der öffentlichen Angestellten weit hinter jenen der Privatwirtschaft liegen. Wir müßten einen Idealzustand anstreben; Weniger, aber gut bezahlte Beamte! Aus der Konkursmasse des Dritten Reiches hatten wir auch die aufgeblähte Verwaltung zu übernehmen; wir werden also im Personalstand Einsparungen vorzunehmen haben. Doch werden wir diese nicht gleichsam über Nacht vornehmen können, weil wir dadurch ja nur die Zahl der Arbeitslosen erhöhen und damit dem Staate aus einem anderen Säckel erhöhte Ausgaben verursachen würden. Wir können beispielsweise verheiratete Frauen nur dann kündigen, wenn deren Männer als Familienvorstand — arbeiten sie nun im öffentlichen Dienst, in der Industrie oder wo immer — so viel verdienen, daß sie sich und die Familie zu erhalten vermögen. Es widerspräche der österreichischen Toleranz, Not und Verbitterung zu verursachen, in diesem harten Leben neue Härten zu schaffen. Keine Nachsicht aber werden wir dort aufbringen können, wo das „Ist“ an Leistung bei dem betreffenden Angestellten nicht das Notwendige „Soll“ erreicht.

Die Schaffung von Möglichkeiten zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend durch sportliche Betätigung verdient unsere Förderung, vor allem jene Sparten wie Skilauf, Schwimmen, Turnen, die große Teile unserer Jugend umfassen. Wenn Wettspiele und Wettkämpfe der Erziehung zu fairem Kampfe und zur Kameradschaft dienen, werden sie jederzeit unsere Sympathie und Förderung erfahren.

Der Erhaltung der Volksgesundheit und damit der Arbeitskraft unserer Bevölkerung müssen wir durch weitere Maßnahmen in unserem Gesundheitswesen und letzten Endes durch Ausgestaltung und Erhaltung unserer Kranken-Heil- und Pflegeanstalten gerecht werden.

Sie werden mir recht geben, meine Abgeordneten, wenn ich eingangs gesagt habe, daß eine Fülle von Aufgaben auf uns wartet und wenn ich nunmehr, nachdem ich deren Umfang auch nur beispielsweise

aufgezählt habe, erkläre: Es erwartet uns vieles, das unsere Kräfte voll und ganz in Anspruch nehmen wird. Denken wir auch daran, daß unser Mittelstand, die Pensionisten, Kleinrentner und ein Teil der Hausbesitzer, einen harten, oft nicht verdienten Existenzkampf zu führen haben. Es gibt Dinge, die sich gleichsam mit einer Konsequenz von Schwierigkeiten an unsere Fersen heften; es gibt aber auch wieder andere Angelegenheiten, die aus einer plötzlichen Situation heraus an uns herantreten. In diesen Tagen hat es wieder einmal mit der Fleischversorgung in unseren Städten nicht geklappt.

Zur gleichen Zeit hat man versucht, die Preise dort und da hinaufzumanövrieren. Gerade die Frauen, denen die Sorge für das leibliche Wohl der Familie übertragen ist, haben in den ersten Nachkriegsjahren die unangenehme Aufgabe gehabt, sich mit der Lebensmittelversorgung herumzuschlagen. Darum werden wir nicht zusehen, daß unsere Lebensverhältnisse wieder rückfällig werden. Seien Sie gewiß, daß sich die Versorgungslage wieder so einrenken wird, wie sie vor vier Wochen noch beschaffen war, als wir ernstlich auch an die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung denken konnten.

Andererseits aber vertrete ich die Ansicht, daß man mit fleischlosen Mahlzeiten der Bevölkerung und Spitzbübereien einiger gewissenloser Geschäftsleute keine Politik betreiben soll.

Ich muß in diesem Zusammenhange an alle die Aufforderung richten: Vertrauen, Disziplin, Korrektheit, Sauberkeit, Ruhe und Arbeit sind die Gebote der Vernunft und des wirtschaftlichen Gedeihens. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, daß durch destruktive, unserer aufsteigenden Wirtschaft übelwollende Zeitungsschreiber und Agitatoren das im vernünftigen Einspielen begriffene Preisniveau schwer erschüttert wurde. Durch solche Manöver, die nichts anderes als ein Versagen jeder wirtschaftlichen Vernunft bedeuten, kann man einem in Genesung befindlichen Wirtschaftskörper schweren Schaden zufügen. Wir sind noch nicht so weit, daß wir Preis und Lohn freien Lauf lassen könnten. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die letzten Schranken der Bewirtschaftung werden fallen müssen.

Abschließend möchte ich sagen, daß meiner Ansicht nach nur in unserer einmütigen Zusammenarbeit der Erfolg begründet sein kann. Ich ersuche Sie daher, meine Abgeordneten, sich als Beispiel gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Verstehens an die Spitze zu stellen, denn nur dann sind wir berechtigt, an alle, ob Bauern, Bürger, Arbeiter oder Intellektuelle, zu appellieren: Dienen wir gemeinsam unserer in der Vergangenheit oftmals so viel geplagten Heimat, die wir alle so heiß lieben!

Ich bitte Sie, meine Frauen und Herren, gehen wir alle mit Idealismus und Gottvertrauen, mit Mut, Energie und Tatkraft an die Arbeit für unser geliebtes Steirerland und seine Bevölkerung! (Starker Beifall, Händeklatschen bei ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Wir gehen zur Abwicklung des Punktes 2:

Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters.

Auf Grund einer zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung wird im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz beantragt, die Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters im Plenum des Landtages durchzuführen. Weiters wird auf Grund einer Parteienvereinbarung zum Ersten Landeshauptmannstellvertreter Abg. Dr. h. c. Reinhard Machold und zum Zweiten Landeshauptmannstellvertreter Abg. Dipl.-Ing. Tobias Udier vorgeschlagen.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich die Abstimmung über diese Wahlvorschläge gesondert unter Abstandnahme von der Wahl mittelst Stimmtzettel durchführen.

Es wird kein Einwand erhoben. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag, Abg. Dr. h. c. Machold zum Ersten Landeshauptmannstellvertreter zu wählen, zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich stelle fest, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit gegeben erscheint. (Händeklatschen bei SPÖ.)

Ich ersuche den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold unter Berufung auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. h. c. Machold: Ich nehme an.

Präsident: Ich ersuche ferner die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag, Abg. Dipl.-Ing. Udier zum Zweiten Landeshauptmannstellvertreter zu wählen, zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist ebenfalls mit entsprechender Mehrheit angenommen. (Händeklatschen bei ÖVP.)

Ich ersuche den Zweiten Landeshauptmannstellvertreter, Dipl.-Ing. Udier, unter Berufung auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dipl.-Ing. Udier: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Hiemit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich schreite nun zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Da der Landeshauptmann und die beiden Landeshauptmannstellvertreter in den auf ihre Parteien entfallenden Anteil der Regierungsmitglieder einzurechnen sind, verbleiben der ÖVP noch zwei und der SPÖ drei Regierungsmandate, dem VdU ein Regierungsmandat.

Es liegen mir seitens der Parteien die schriftlichen Wahlvorschläge vor.

Von Seite der ÖVP werden als Regierungsmitglieder vorgeschlagen die Herren

Dr. Udo Illig und
Ferdinand Prirsch.

Von Seite der SPÖ werden als Regierungsmitglieder vorgeschlagen die Herren

• Norbert Horvatek,
Fritz Matzner und
Ludwig Oberzaucher.

Von Seite des VdU wird als Regierungsmitglied vorgeschlagen

Dr. Josef Elsnitz.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über diese drei Wahlvorschläge unter Abstandnahme von der Wahl mittelst Stimmzettel gesondert abstimmen lassen.

Es wird kein Einwand erhoben.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag der ÖVP zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag der SPÖ zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag des VdU zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist mit entsprechender Mehrheit angenommen.

Es sind demnach folgende Herren als Landesräte in die Steiermärkische Landesregierung gewählt:

Landesrat Dr. Josef Elsnitz,
Landesrat Norbert Horvatek,

Landesrat Dr. Udo Illig,
Landesrat Fritz Matzner,
Landesrat Ludwig Oberzaucher,
Landesrat Ferdinand Prirsch.

Ich ersuche die gewählten Mitglieder der Landesregierung, bei Namensaufruf im Einzelnen zu erklären, ob sie sich bereit erklären, die Wahl anzunehmen.

Landesrat Dr. Josef Elsnitz: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Norbert Horvatek: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Dr. Udo Illig: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Fritz Matzner: Ich nehme an.

Landesrat Ludwig Oberzaucher: Ich nehme an.

Landesrat Ferdinand Prirsch: Ich erkläre anzunehmen.

Präsident: Als Präsident des Steiermärkischen Landtages begrüße ich die Mitglieder der neuen Landesregierung, den Herrn Landeshauptmann, den Ersten Landeshauptmannstellvertreter, den Zweiten Landeshauptmannstellvertreter und die übrigen Mitglieder der Landesregierung. Ich gebe der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck, daß der Arbeit unserer Landesregierung beschieden sein möge, reiche Erfolge für das Land Steiermark zu erringen.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft.

Ich schließe daher die Sitzung und gebe bekannt, daß die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen werden wird.

(Schluß der Sitzung: 12 Uhr 45 Minuten.)